DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB
BUNDESPOLIZEI

KOMPAKT
AUSGABE 11.26



Foto: FUNKE Foto Services | Christoph Jendral

Bundespolizei am Hauptbahnhof Bochum:

Schluss mit der Platznot!

DPolG Bundespolizei fordert eine zukunftsfähige Unterbringung – Vorsitzender des Bezirksverbandes NRW Hauke Reetz setzt sich für eine Lösung am Hauptbahnhof ein.

Seit Jahrzehnten arbeitet die Bundespolizei am Bochumer Hauptbahnhof unter räumlichen Bedingungen, die den heutigen Anforderungen längst nicht mehr gerecht werden. Mehr Personal, zusätzliche Aufgaben und gestiegene Anforderungen an die Eigensicherung treffen auf eine Dienststelle, deren räumliche Möglichkeiten seit Jahren unzureichend sind.

Darüber berichtet die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) in ihrer Ausgabe vom 4. November 2026.

Unser Vorsitzender des Bezirksverbandes NRW, Hauke Reetz, kennt die Situation aus eigener Erfahrung. Er war selbst im Bundespolizeirevier Bochum eingesetzt

und setzt sich seit Langem für eine Verbesserung der Unterbringung ein.

Fehlende Räume sind kein Dauerzustand
Die derzeitige Situation ist aus unserer Sicht nicht länger hinnehmbar. Es fehlen unter anderem ein gesonderter Asservatenraum, geeignete Räumlichkeiten für erkennungsdienstliche Maßnahmen und ein eigener Durchsuchungsraum. Selbst Sicherheitstechnik muss aus Platzmangel im Wachraum untergebracht werden.

Auch die Bundespolizeidirektion Sankt Augustin bestätigt gegenüber der WAZ, dass die derzeit genutzten Flächen für die Aufgabenwahrnehmung nicht ausreichend sind.



Foto: FUNKE Foto Services | Christoph Jendral

FÜR UNS STEHT FEST: WER TÄGLICH FÜR DIE SICHERHEIT DER REISENDEN UND BESCHÄFTIGTEN AM BAHNHOF SORGT, MUSS SELBST UNTER SICHEREN UND FUNKTIONALEN BEDINGUNGEN ARBEITEN KÖNNEN.

Eine Chance, die nicht ungenutzt bleiben darf
Mit der seit längerer Zeit leerstehenden ehemaligen McDonald's-Filiale am Bochumer Hauptbahnhof könnte sich nun eine Möglichkeit eröffnen, die räumliche Situation entscheidend zu verbessern.

Allerdings ist dafür eine tragfähige Lösung erforderlich. Nach Einschätzung unseres Bezirksverbandsvorsitzenden werden allein im Erdgeschoss rund 200 Quadratmeter benötigt, um die notwendigen Funktionsbereiche einschließlich Wachraum, Schleuse und Gewahrsamsbereich unterzubringen.

Eine bloße Verlagerung in andere, ebenfalls zu kleine Räumlichkeiten wäre keine nachhaltige Verbesserung.

Hauke Reetz wendet sich an den Oberbürgermeister
Um Bewegung in die Angelegenheit zu bringen, hat sich Hauke Reetz bereits schriftlich an den Bochumer Oberbürgermeister Jörg Lukat gewandt.

Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Bundespolizei, der Deutschen Bahn und der Stadt Bochum eine langfristige und praktikable Lösung zu ermöglichen.

Dabei geht es nicht allein um die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen. Eine leistungsfähige Bundespolizei gehört unmittelbar an einen bedeutenden Verkehrsknotenpunkt wie den Bochumer Hauptbahnhof.

Sollte eine geeignete Unterbringung am Bahnhof nicht möglich sein, könnte perspektivisch eine Verlagerung in das Stadtgebiet erforderlich werden. Genau das gilt es aus unserer Sicht nach Möglichkeit zu vermeiden.

Unsere Forderung ist eindeutig
Wir erwarten, dass die laufenden Abstimmungen konsequent vorangetrieben und die notwendigen räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Kolleginnen und Kollegen erfüllen ihre Aufgaben trotz der schwierigen Bedingungen zuverlässig und professionell. Diese Einsatzbereitschaft darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die vorhandenen Räumlichkeiten den Anforderungen nicht mehr entsprechen.

Eine moderne Bundespolizei braucht moderne und sichere Dienststellen. Das gilt auch und gerade für den Hauptbahnhof Bochum.

Wir als DPolG Bundespolizei werden uns gemeinsam mit unserem Bezirksverband NRW weiterhin dafür einsetzen, dass aus den bisherigen Überlegungen endlich eine tragfähige Lösung wird.

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), 4. November 2026, „Zu klein, zu eng – Bundespolizei hat im Hauptbahnhof ein massives Platzproblem“.

FOLGE 3 – GESICHTSERKENNUNG & INTELLIGENTE VIDEOANALYSE

Einordnung biometrischer Verfahren und automatisierter Gefahrenerkennung
Die Folge erläutert Unterschiede, Einsatz voraussetzungen und Schutzvorkehrungen.

Praktisch in letzter Sekunde des Gesetzgebungsverfahrens wurden in das BPolG die §§ 31a und 31b auf Empfehlung des Innenausschusses eingefügt. Damit erhält die Bundespolizei die Möglichkeit, bei der Auswertung ihrer Videoaufnahmen Systeme zur automatisierten Erkennung von Gefahren und zur biometrischen Detektion in Echtzeit einzusetzen.

Bisherige Situation
Das BPolG kennt bisher Videoaufzeichnungen in Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen oder Ansammlungen (§ 26), an der Grenze und gefährlichen Orten (§ 27) sowie in Form der Bodycam (§ 27a). Die Analyse erfolgt dabei per Hand, oder vielmehr „per Auge“.

Neu im Gesetz
„Hallo, KI!“, könnte man an dieser Stelle rufen, denn um nichts anderes geht es hier. Bisher schauen unzählige Kolleginnen und Kollegen in Leitstellen auf Monitorwände und bemühen sich, keine gefährliche Situation zu verpassen. Im günstigsten Fall wird eine gewalttätige Auseinandersetzung noch im Entstehen verhindert. Wer das einmal gemacht hat, weiß wie unglaublich ermüdend es sein kann. Die KI soll hier wertvolle Unterstützung liefern. Dabei ist die Analyse dieser Daten nicht auf Bahnhofskameras beschränkt: alle Videosignale können künftig auf diese Weise verarbeitet werden.
Bei der biometrischen Detektion geht es darum, vorhandene Bildaufzeichnungen mit einer Datei abzugleichen, in der verschiedene Personen gespeichert sein können: Verhaltens- oder Zustandsstörer, Gefährder aus dem TE-Bereich, aber auch Vermisste und Opfer von Entführung etc.

Unsere Anmerkungen
Zunächst einmal wird es vor allem mit der Verhaltenserkennung nicht sofort funktionieren. Eine KI muss trainiert werden, und das ist bei Weitem nicht so einfach, wie viele das denken würden. Aber die Fähigkeiten großer Sprachmodelle (LLMs, Chat GPT, Claude, Gemini…) entwickeln sich rasant, es wird also nicht mehr lange ein Traum bleiben. Apropos: Keines der genannten KI-Modelle wird zum Einsatz kommen dürfen – die Erfahrungen mit der „Eigenständigkeit“ privater KI zeigen offenbar Wirkung.
Gut ist in Bezug auf die biometrische Detektion, dass die BPOL den Datenabgleich nur gegen einen eigenen Bestand laufen lassen darf und der KI nicht gestattet ist, sich „irgendwo“ mit Fahndungsdaten zu versorgen. Daten aus dem Internet sind häufig alles andere als zuverlässig. In diesem Feld ist eine Realisierung deutlich früher zu erwarten, der Test am Berliner Südkreuz verlief ja schon 2017/18 mit der damaligen Technik erfolgreich!

In jedem Fall wird es unsere Kolleginnen und Kollegen entlasten und für andere Aufgaben freisetzen. Das ist dringend notwendig!

DPolG Bundespolizei – Wir schauen genauer hin.



FOLGE 4 - BODYCAM, KAMERAS & MOBILE SENSORTRÄGER

Was verändert sich bei Bild- und Tonaufnahmen? Die Folge beleuchtet Einsatzmöglichkeiten, Aufzeichnungsgrenzen und praktische Anforderungen.

Bodycam/Dashcam
Die Bodycam kennen wir bereits aus § 27a BPolG. Sie wandert nun in § 32. An den Voraussetzungen für ihren Einsatz ändert sich nichts. Ein Blick in die Details zeigt jedoch, dass noch etwas hinzugekommen ist: Mobile Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte dürfen nun an weiteren Orten eingesetzt werden:

- Dort, wo die Bundespolizei für Zurückweisungen, Zurückschiebungen, Abschiebungen und Rückführungen nach § 71 Abs. 3 AufenthG zuständig ist.
- In Dienstfahrzeugen.
- In nichtöffentlichen Bereichen von Dienststellen.

Dadurch wird das Einsatzspektrum deutlich erweitert. Die Aufzeichnungen dienen letztlich auch dem Schutz der eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, insbesondere bei der Beweisführung vor Gericht. Angesichts der steigenden Zahl von Angriffen auf unsere Kolleginnen und Kollegen begrüßen wir diese Erweiterung ausdrücklich!

Außerdem konnte auf Vorschlag des Innenausschusses noch die Dashcam in Absatz 5 (neu) aufgenommen werden. Auch dies ist ein deutlicher Sicherheitsgewinn für die eingesetzten Kräfte!

Mobile Sensorträger
Das ist aber noch nicht alles, denn nach der Neufassung des BPolG können Kameras auch in weiteren Bereichen zum Einsatz kommen. Sie dürfen im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen, in Fällen, in denen auch Bodycams eingesetzt werden dürfen, sowie in Fällen, in denen besondere Mittel der Datenerhebung zulässig sind (dazu mehr in einer der nächsten Folgen), an mobilen Sensorträgern angebracht werden.

Die Verwendung ist dabei nicht auf fliegende Drohnen beschränkt, sondern auch für Einsätze an Land und auf See vorgesehen. Wichtig ist beim Einsatz von Kameradrohnen im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen oder Ansammlungen, dass es sich um eine offene Maßnahme handelt und der Einsatz damit erkennbar sein muss. Dies kann beispielsweise durch entsprechende Piktogramme gewährleistet werden.

Unsere Bewertung
Leider sind Wohnungen beim Bodycameinsatz ausdrücklich ausgeschlossen. Solidarisierungseffekte, die dort oftmals bei gefahrenabwehrendem Einschreiten auftreten, können somit nicht mit Bild und Ton dokumentiert werden. Entsprechende Vorfälle müssen daher weiterhin durch Berichte und Zeugenaussagen nachvollziehbar und verwertbar gemacht werden.



NEUES BUNDESPOLIZEIGESETZ

UNSERE SYNOPSE ZUM DOWNLOAD

Was ändert sich mit dem neuen Bundespolizeigesetz? Welche Befugnisse kommen hinzu, welche Vorschriften wurden angepasst und was bleibt unverändert?

Mit dem neuen Bundespolizeigesetz ergeben sich zahlreiche Änderungen, die für die tägliche Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen von Bedeutung sind. Neue Regelungen, veränderte Paragrafen und zusätzliche Befugnisse machen es nicht immer einfach, den Überblick zu behalten.

Die DPolG Bundespolizei hat deshalb eine umfassende Synopse erstellt, in der die bisherigen und die neuen gesetzlichen Regelungen gegenübergestellt werden.

Damit möchten wir allen Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit geben, sich schnell und gezielt über die Änderungen zu informieren. Die Gegenüberstellung erleichtert es, Unterschiede nachzuvollziehen und sich mit den neuen gesetzlichen Grundlagen vertraut zu machen.

Die Synopse stellen wir selbstverständlich kostenlos zur Verfügung!

Die vollständige PowerPoint-Präsentation könnt ihr direkt über folgenden Link aufrufen und herunterladen:
Synopse Bundespolizeigesetz 2026 herunterladen

Alternativ könnt ihr einfach den abgebildeten QR-Code mit eurem Smartphone oder Tablet scannen und gelangt unmittelbar zur Präsentation. Jetzt informieren, herunterladen und gerne auch mit Kolleginnen und Kollegen teilen!

Hinweis: Die Synopse dient der Information und Orientierung. Maßgeblich bleibt der jeweils geltende Gesetzestext.

Scan mich!



Delegation der JUNGEN POLIZEI DPolG Bundespolizei und der DPolG Bayern



Delegierte der JUNGEN POLIZEI DPolG Bundespolizei

STARKE JUGENDSTIMME

JUNGE POLIZEI DPolG Bundespolizei beim 18. Landesjugendtag in Landshut
Vom 8. bis 10. November 2026 fand in Landshut der 18. Landesjugendtag der dbb jugend bayern statt. Auch eine Delegation der JUNGEN POLIZEI DPolG Bundespolizei war mit dabei, um die Interessen der JUNGEN POLIZEI zu vertreten und die DPolG Bundespolizei zu repräsentieren.

Neben dem Austausch mit den Teilnehmenden und der Einreichung verschiedener Anträge standen auch wichtige Wahlen für die Bezirksverbände der dbb jugend bayern auf der Tagesordnung. Die JUNGE POLIZEI Bundespolizei war dabei mit eigenen Kandidaturen vertreten und konnte gleich mehrere Erfolge erzielen: Kathrin Müller wurde zur Beisitzerin im Bezirk Oberfranken gewählt. Jonas Strampp übernimmt künftig das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden sowie des Kassenwarts im Bezirk Schwaben. Osama Mahani wurde in das Amt des Beisitzers im Bezirk Niederbayern gewählt. Alle sind Angehörige des BV Bayern der DPolG Bundespolizei.

Der Landesjugendtag bot darüber hinaus eine gute Gelegenheit, mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der dbb jugend bayern ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen auszutauschen und bestehende Kontakte zu vertiefen.

Wir gratulieren allen Neu- und Wiedergewählten herzlich zu ihrer Wahl und wünschen ihnen viel Erfolg und eine glückliche Hand bei den anstehenden Aufgaben.

Ein besonderer Dank gilt der dbb jugend bayern für die Einladung und die hervorragende Gastfreundschaft. Die Veranstaltung war geprägt von guten Gesprächen, neuen Impulsen und einem starken Miteinander.

Für die JUNGE POLIZEI DPolG Bundespolizei ist klar: Diesen gemeinsamen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Denn nur gemeinsam können wir etwas bewegen – getreu unserem Motto: **„Zusammen sind wir groß!“**

FOTOWETTBEWERB ZUM WELTFRAUENTAG

Die Gewinnerinnen unseres Fotowettbewerbs zum Weltfrauentag 2026 stehen fest!

Aus den zahlreichen Einsendungen zu unserem diesjährigen Fotowettbewerb anlässlich des Weltfrauentags haben wir vier glückliche Gewinnerinnen ausgewählt!

Wir haben uns sehr über eure schönen Blumenfotos gefreut. Auf den Bildern ist zu sehen, wie viel Mühe und Sorgfalt ihr in die Pflege eurer Blumen steckt. Vielen Dank, dass ihr eure Blumen mit uns geteilt und unseren Fotowettbewerb damit bereichert habt.

Unsere vier Gewinnerinnen wurden bereits benachrichtigt und dürfen sich über tolle Preise freuen.

Ein riesiges Dankeschön an alle, die mitgemacht und ihre tollen Fotos mit uns geteilt haben! Wir haben uns über jede einzelne Einsendung sehr gefreut und sind begeistert von der Vielfalt und den wunderschönen Ergebnissen.

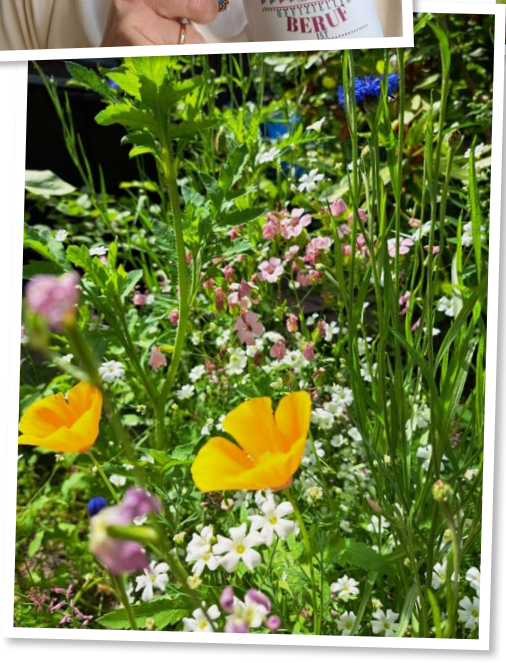
Herzlichen Glückwunsch an unsere vier Gewinnerinnen:
Daniela Barkoff
Mandy Elbling
Ricarda Lygan
Esma Arik

Die Fotos unserer Gewinnerinnen und Impressionen der gewonnenen Preise möchten wir euch natürlich nicht vorenthalten!















BUNDESPOLIZEI – WEIT WEG VON ZU HAUSE?

Die Tätigkeit im Polizeivollzugsdienst der Bundespolizei erfordert ein hohes Maß an Mobilität. Doch wenn der Dienstort über Jahre weit vom eigenen Lebensmittelpunkt entfernt bleibt, kann das zur dauerhaften Belastung werden: Lange Fahrten, doppelte Haushaltsführung und wenig Zeit für Familie, Partnerschaft und Freunde.

Wer näher an die Heimat wechseln möchte, braucht nachvollziehbare Wege und eine realistische Perspektive. Wie erlebt Ihr die Möglichkeiten einer Versetzung oder Abordnung? Was steht einem Wechsel im Weg? Und wie gut gelingt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im dienstlichen Alltag?

Mit unserer Umfrage möchte die DPolG Bundespolizei die Erfahrungen aller Bundespolizistinnen und Bundespolizisten aufgreifen. Dabei geht es um langjährige Wechselwünsche ebenso wie um besondere familiäre oder persönliche Situationen. Auch Eure Erfahrungen mit unserer Tauschbörse interessieren uns: Kennt Ihr das Angebot, habt Ihr es bereits genutzt und was könnte verbessert werden?

Hier geht's zur DPolG Tauschbörse:
https://www.dpolg-bpolg.de/tauschboerse/

Eure Antworten helfen uns, Probleme und Handlungsbedarf genauer zu erkennen und konkrete Forderungen für bessere Wechselmöglichkeiten und eine familiengerechte Personalpolitik zu entwickeln.

Mach mit und bring Deine Perspektive ein! Die Umfrage ist anonym. Bitte verzichte deshalb in den Freitextfeldern auf Namen und Angaben, durch die Du oder andere Personen erkennbar werden.

#Mitmachgewerkschaft

Jetzt an der Umfrage teilnehmen:
https://forms.cloud.microsoft/r/aXyLcd-4PUP?origin=lprLink



Grafik: magnific.com



PRAKTIKA

WER DIE UNTERKUNFT SUCHT, TRÄGT DAS RISIKO

Das Bundesinnenministerium hat auf unsere Forderungen zur Unterbringung während der Praktika reagiert. Ein Pilotprojekt startet – unsere zentralen Forderungen bleiben jedoch offen.

Wer bei der Bundespolizei eine Ausbildung oder ein Studium absolviert, muss für die mehrwöchigen Praktika häufig weit entfernt vom jeweiligen Aus- und Fortbildungszentrum eine Unterkunft finden. Die Suche, Anmietung und Vorfinanzierung liegen dabei vielfach in der Verantwortung der Anwärterinnen, Anwärter und Studierenden selbst.

Auf diese Problematik weisen wir als DPolG Bundespolizei bereits seit Ende 2023 hin. Unser Ziel ist klar: Junge Menschen, die sich für eine berufliche Zukunft bei der Bundespolizei entscheiden, dürfen während ihrer Ausbildung nicht mit vermeidbaren finanziellen Risiken und organisatorischen Schwierigkeiten allein gelassen werden.

Neue Regelungen – alte Probleme
Mit dem Merkblatt vom 9. September 2026 hat das Bundespolizeipräsidium die Regelungen zur Mietkostenerstattung neu gefasst. Wir begrüßen ausdrücklich die damit geschaffene Transparenz hinsichtlich der Mietpreisobergrenzen sowie die Möglichkeit, Abschlagszahlungen zu erhalten.

Allerdings bleiben wesentliche Probleme bestehen. Kautionen sind weiterhin nicht erstattungsfähig. Die Mietpreisobergrenzen von 600 Euro, in Potsdam 650 Euro, in Bonn 800 Euro und in Berlin 900 Euro entsprechen unverändert dem Stand von Juni 2023. Angesichts der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt halten wir eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung für erforderlich.

Besonders kritisch sehen wir weiterhin die Situation minderjähriger Anwärterinnen und Anwärter. Für sie fehlt nach wie vor eine verlässliche Regelung zur Unterbringung. Häufig müssen Eltern bei der Anmietung einspringen oder entsprechende Verpflichtungen übernehmen.

Unsere Forderungen an das Bundesinnenministerium
Um hier Verbesserungen zu erreichen, hat sich unsere Erste stellvertretende Bundesvorsitzende Bianca Oehlmann am 12. Oktober 2026 mit einem Schreiben an den Abteilungsleiter Bundespolizei im Bundesministerium des Innern gewandt. Darin haben wir konkrete Vorschläge unterbreitet:

- Vorrangige dienstseitige Unterbringung während der Praktika, gegebenenfalls durch Anmietung geeigneter Unterkünfte durch den Dienstherrn.



Bild: magnific.com

- Übernahme beziehungsweise Absicherung von Mietkautionen oder Gewährung zinsloser Vorschüsse sowie rechtzeitige Abschlagszahlungen vor Mietbeginn.
- Anpassung der Mietpreisobergrenzen an die tatsächliche Marktentwicklung und deren jährliche Überprüfung.
- Verbindliche Bearbeitungsfristen für Genehmigungen und eine vereinfachte Anmietung zum Monatsersten.
- Wiedereinführung einer bundesweiten Unterkunftsliste zur Unterstützung bei der Wohnungssuche.
- Verlässliche Organisation der Unterbringung minderjähriger Anwärterinnen und Anwärter durch den Dienstherrn.

Unser Anspruch ist, dass die Bundespolizei ihrer Verantwortung als Dienstherr auch während der praktischen Ausbildungsabschnitte gerecht wird.

BMI kündigt Pilotprojekt an
Mit Schreiben vom 19. Oktober 2026 hat das Bundesministerium des Innern auf unsere Vorschläge reagiert.

Das BMI geht weiterhin von dauerhaft hohen Ausbildungszahlen bei der Bundespolizei aus. Freie amtliche Unterkünfte sollen vorrangig genutzt werden. Gleichzeitig wird jedoch davon ausgegangen, dass die eigenständige Anmietung privater Unterkünfte auch künftig erforderlich bleibt.

Positiv bewerten wir die Ankündigung, dass im November 2026 am Bundespolizei Aus- und Fortbildungszentrum Walsrode ein Pilotprojekt zur Weiterentwicklung der Mietkostenerstattung starten soll. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sollen voraussichtlich im ersten Quartal 2027 auf den gesamten Ausbildungsbereich übertragen werden.

Unsere weiteren Empfehlungen sollen nach Auswertung des Pilotprojekts im Laufe des Jahres 2027 gemeinsam mit dem Bundespolizeipräsidium und der Bundespolizeiakademie aufgegriffen werden. Dabei sollen insbesondere die Planungssicherheit sowie die Situation minderjähriger Anwärterinnen und Anwärter berücksichtigt werden.

Konstruktiver Austausch – aber weiterhin Handlungsbedarf
Wir begrüßen, dass unsere Hinweise und Vorschläge aufgegriffen werden und mit dem Pilotprojekt erste konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation eingeleitet werden.

Unser ausdrücklicher Dank gilt dabei auch den zuständigen Stellen im Bundespolizeipräsidium, die sich mit der Problematik befassen und an praktikablen Lösungen arbeiten. Wir schätzen den konstruktiven Austausch und die Bereitschaft, bestehende Regelungen weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass wesentliche Forderungen bislang offenbleiben. Eine verbindliche Zusage zur dienstseitigen Anmietung von Unterkünften gibt es ebenso wenig wie konkrete Umsetzungstermine für die Absicherung von Kautionen, die Anpassung der Mietpreisobergrenzen oder eine verbindliche Lösung für Minderjährige.

Damit verbleiben die Organisation der Unterkunft und ein erheblicher Teil des finanziellen Risikos weiterhin bei den jungen Menschen.

Wer qualifizierten Nachwuchs gewinnen und langfristig an die Bundespolizei binden möchte, muss auch während der Ausbildung für verlässliche und zeitgemäße Rahmenbedingungen sorgen. Gerade im Wettbewerb mit den Polizeien der Länder und der Bundeswehr darf die Unterbringung während der Praktika nicht zu einer zusätzlichen Belastung werden.

Wir werden die Entwicklung des Pilotprojekts aufmerksam begleiten und im Frühjahr 2027 nachfragen, welche konkreten Verbesserungen erreicht wurden.

Für uns steht fest: Gute Ausbildung braucht gute Rahmenbedingungen. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.



Bild: magnific.com

SENIORENARBEIT GEMEINSAM GESTALTEN

SENIORENBEAUFTRAGTE DER DPOLG BUNDESPOLIZEI TAGEN IN BEBRA

Austausch, neue Ziele und die langfristige Bindung der Mitglieder im Ruhestand standen im Mittelpunkt der jährlichen Zusammenkunft

Vom 27. bis 29. Oktober 2026 trafen sich die Seniorenbeauftragten und ihre Stellvertreter aus den Bezirksverbänden der DPolG Bundespolizei zur jährlichen Tagung in Bebra-Weiterode. Eingeladen hatte Bundesseniorenbeauftragter Andreas Mönkemeyer, der gemeinsam mit seinem Stellvertreter Jörg Maletzke die Veranstaltung leitete.

Ein besonderer Programmpunkt war der Besuch des Bundesvorsitzenden Manuel Ostermann am 28. Oktober. Er informierte die Teilnehmer über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit sowie über wichtige Entwicklungen in Politik und Medien.

Mitgliederbindung und Zukunft der Seniorenarbeit im Fokus
Im Mittelpunkt der Beratungen standen die finanzielle Situation, die strategische Ausrichtung und die Festlegung neuer Ziele für die Seniorenarbeit innerhalb der DPolG Bundespolizei.

Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Erarbeitung eines Informationsflyers beziehungsweise eines Konzeptpapiers für Aushänge und Internetauftritte. Ziel ist es, die Bindung der Mitglieder auch über den aktiven Dienst hinaus zu stärken und die Bedeutung einer engagierten gewerkschaftlichen Seniorenarbeit hervorzuheben.

Darüber hinaus wurden die Teilnehmer für den Bundesdelegiertentag 2027 festgelegt.

Erfahrungsaustausch und Vorbereitung auf den Ruhestand
Die Seniorenbeauftragten berichteten aus ihren jeweiligen Bezirksverbänden über aktuelle Aktivitäten, Erfahrungen und Herausforderungen. Neben den offiziellen Tagesordnungspunkten erwiesen sich insbesondere die persönlichen Gespräche während der Pausen und am Abend als wertvolle Gelegenheit, neue Anregungen für die eigene Arbeit zu gewinnen.

Andreas Mönkemeyer und Jörg Maletzke informierten zudem ausführlich über die Durchführung der Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“, die Kolleginnen und Kollegen beim Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand unterstützen sollen.

Erstmals nahm auch Jörn Kasch als neuer Seniorenbeauftragter des Bezirksverbandes Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland an der Zusammenkunft teil und wurde herzlich in der Runde begrüßt.

Mit Zuversicht in die Zukunft
Am Ende der dreitägigen Tagung zogen die Teilnehmer eine durchweg positive Bilanz. Die gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse und die neuen Zielsetzungen bilden eine wichtige Grundlage für die zukünftige Seniorenarbeit der DPolG Bundespolizei.

Mit frischen Impulsen, klaren Vorstellungen und einem gestärkten Gemeinschaftsgefühl blicken die Seniorenbeauftragten zuversichtlich auf die kommenden Aufgaben und freuen sich bereits auf ihre nächste Zusammenkunft.

Andreas Mönkemeyer (Bundesseniorenbeauftragter)

Warum bist Du Mitglied bei der DPolG Bundespolizei?



Schick uns Dein Video mit Deiner Geschichte an newsletter@dpolg-bpolg.de.

Wir würden uns freuen, Deinen Beitrag auf unseren Kanälen teilen zu können!
Du brauchst Unterstützung beim Video?

Schick uns eine Nachricht – unser Medienteam hilft Dir gerne.

#Mitmachgewerkschaft



Parkscheibe mit DPolG-Logo und Eiskratzerfunktion

DPolG Markt select

Diese Parkscheibe erfüllt gleich zwei praktische Aufgaben im Auto: Du kannst sie zum Einstellen deiner Parkzeit verwenden und bei Frost ihre Eiskratzerfunktion nutzen. Auf der Rückseite befindet sich das DPolG-Logo.



Eigenschaften

- Parkscheibe für das Auto
- Zusätzliche Eiskratzerfunktion
- DPolG-Logo auf der Rückseite

So hast du einen nützlichen Alltagshelfer für unterwegs griffbereit.

Parkscheibe mit DPolG-Logo und Eiskratzerfunktion

UVP
~~1,95 €~~
-10 %
1,75 €

inkl. MwSt., zzgl. Versand

STUFENLAUFZEIT-VERKÜRZUNGEN §17 (2) TVÖD



Grafik: KI-generiert

Seit Oktober 2005 besteht für Tarifbeschäftigte die Möglichkeit, ihre Stufenlaufzeit zu verkürzen, wenn ihre Leistungen erheblich über dem Durchschnitt liegen. Die Verkürzung der Stufenlaufzeit ist eine Form der leistungsorientierten Bezahlung.

Da diese Möglichkeit in der Vergangenheit nur sehr selten genutzt wurde, hat der Bundespolizei-Hauptpersonalrat gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern am 23. August 2023 eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, die eine bessere Umsetzung ermöglichen soll.

Auf dieser Grundlage legte das Bundespolizeipräsidium erstmals für das Jahr 2025 fest, dass für rund ein Prozent der Tarifbeschäftigten eine Stufenlaufzeitverkürzung als Fördermöglichkeit in Betracht kommt. Bundesweit standen damit etwa 60 Möglichkeiten zur Verfügung.

Grundsätzlich kommen Tarifbeschäftigte infrage, die sich in den Stufen 3, 4 oder 5 ihrer jeweiligen Entgeltgruppe befinden und die entsprechenden Mindestwartezeiten in der Stufe erfüllt haben. Diese betragen je nach Stufe ein bis drei Jahre.

Zum Ablauf des Verfahrens:
Zunächst ermitteln die Behörden, welche Tarifbeschäftigten die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Stufenlaufzeitverkürzung erfüllen. Anschließend werden die Dienststellen aufgefordert, geeignete Beschäftigte vorzuschlagen und die Vorschläge entsprechend zu begründen.

Entscheidend ist dabei, dass die vorgeschlagenen Tarifbeschäftigten Leistungen erbracht haben, die erheblich über dem Durchschnitt liegen.

Deine Stimme zählt – mach mit!

dbb beamtenbund und tarifunion

Du bist Tarifbeschäftigte oder Tarifbeschäftigter in einer Behörde? Dann nutze jetzt die Gelegenheit, Dich aktiv in die Vorbereitung der Einkommensrunde 2027 für Bund und Kommunen einzubringen!

Der dbb beamtenbund und tarifunion hat eine Umfrage zur kommenden Einkommensrunde gestartet. Dabei geht es darum, die Erwartungen, Wünsche und Forderungen der Beschäftigten aufzunehmen und eine starke Grundlage für die anstehenden Tarifverhandlungen zu schaffen.

Deine Meinung ist gefragt! Unterstütze die Einkommensrunde 2027 und bring Dich mit Deiner Stimme ein. Die Teilnahme ist noch bis zum 15. Dezember möglich.

Hier geht's zur Umfrage:
https://www.dbb.de/artikel/onlinebefragung-zur-einkommensrunde-2027-gestartet.html


Bild: KI-generiert



DELEGIERTENTAG DES BEZIRKSVERBANDES FRANKFURT AM MAIN FLUGHAFEN: NEUER VORSTAND, FRISCHE IMPULSE UND KLARE ZIELE FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE

Kontinuität und Erneuerung prägten den Delegiertentag des DPolG-Bundespolizei-Bezirksverbandes Frankfurt am Main – Flughafen am 29. und 30. Oktober 2026 in Löhnberg. Neben den turnusmäßigen Vorstandswahlen standen insbesondere die Nachwuchsgewinnung, die stärkere Beteiligung jüngerer Kolleginnen und Kollegen sowie die zukünftige Ausrichtung der gewerkschaftlichen Arbeit im Mittelpunkt.

Generationswechsel mit Erfahrung
Mit einem deutlichen Vertrauensbeweis bestätigten die Delegierten Dirk Vaupel als Vorsitzenden. Er wurde bei eigener Enthaltung einstimmig wiedergewählt. Einen bewussten Generationswechsel gab es bei der Ersten Stellvertretung: Nach zwei Wahlperioden machte Timo Fleischer den Weg für Sabrina Schwind frei. Die langjährige Kollegin der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main bringt als stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte wertvolle Erfahrungen in ihre neue Funktion ein.

Timo Fleischer bleibt dem Vorstand als stellvertretender Vorsitzender erhalten und wird weiterhin seine Erfahrung insbesondere im Rechtsschutzbereich einbringen.

Auch weitere Funktionen wurden neu besetzt: Virginia Schwartz übernimmt das Amt der Schatzmeisterin von Stephanie Heidenreich, die künftig als stellvertretende Vorsitzende tätig ist. Ralf Eymann wurde als weiterer Stellvertreter ebenso bestätigt wie Geschäftsführer Niels König.

Breiter aufgestellt für die Zukunft
Mit der Erweiterung auf insgesamt 16 Vorstandsmitglieder setzt der Bezirksverband auf eine breitere Aufgabenverteilung und neue Impulse.
James Klein bleibt Beauftragter für den Tarifbereich und erhält Unterstützung durch Denis Trautmann. Janet Haase übernimmt die Gleichstellungsarbeit von Eva Titz. Jonas Seidenspinner und Timo Höhn vertreten die Junge Polizei, während Stefan Franz die Interessen der Menschen mit Beeinträchtigungen wahrnimmt.

Neu eingerichtet wurde der Bereich Medien, Kommunikation und Netzwerkarbeit, den Kevin Quil gemeinsam mit seinem Vertreter Alexander Gleim übernimmt. Die hauptamtliche Rechtsschutzbetreuung liegt künftig bei Lara Rotthus.

Ziel der erweiterten Vorstandsstruktur ist es, insbesondere jüngere Kolleginnen und Kollegen frühzeitig an gewerkschaftliche Aufgaben heranzuführen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Verantwortung zu übernehmen.

Nachwuchs gewinnen und Mitglieder stärker einbinden
In vier Arbeitsgruppen entwickelten die Delegierten Ideen zur Mitgliederbetreuung, Nachwuchsgewinnung, Vernetzung und zu neuen Veranstaltungsangeboten.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Begleitung junger Beschäftigter. Die Junge Polizei soll künftig bereits während der Ausbildung Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen aufnehmen, deren spätere Verwendung am Flughafen Frankfurt feststeht. Die Betreuung soll sich vom Ausbildungszentrum über den Dienstantritt bis in den Berufsalltag erstrecken.

Auch die interne Kommunikation und die Frage, welche Angebote die Mitglieder

tatsächlich erreichen, wurden intensiv diskutiert. Erste Freiwillige haben sich bereits gefunden, um künftig Veranstaltungen zu planen und umzusetzen.

Belastungen im Dienstalltag bleiben im Fokus
Neben der organisatorischen Neuausrichtung beschäftigten sich die Delegierten mit den Herausforderungen an einer der größten Dienststellen der Bundespolizei.

Besonders die angekündigten Einschränkungen im Bahnverkehr zwischen Köln und dem Flughafen Frankfurt sorgen bei zahlreichen Pendlerinnen und Pendlern für Unsicherheit. Alternative Anreisemöglichkeiten und ausreichende Parkplätze gewinnen dadurch an Bedeutung.

Weitere Themen waren die technische Ausstattung, Probleme mit der IT-Infrastruktur, die Personalstärke der Dienstgruppen und die Schichtzeitgestaltung.

Der Bezirksverband setzt dabei weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit der Personalvertretung, deren Vorsitzender ebenfalls Dirk Vaupel ist.

Dass gewerkschaftliches Engagement konkrete Verbesserungen bewirken kann, zeigen unter anderem die Einführung des Beinholsters und die durchgängige Befreiung von der Mützentragepflicht während der Sommermonate.

Auch die Forderung nach einem Poloshirt als Uniformbestandteil bleibt aktuell. Eine Projektgruppe der Bundespolizei beschäftigt sich inzwischen mit der Weiterentwicklung der Uniform.

Gemeinschaft stärken – Blaulichtlauf und Stammtische
Auch das gewerkschaftliche Miteinander soll weiter gestärkt werden. Am 27. April 2027 findet die vierte Auflage des Blaulichtlaufs statt. Die erfolgreiche Veranstaltung soll sich langfristig als feste Tradition der Blaulichtfamilie etablieren. Darüber hinaus werden die Stammtische künftig regelmäßig am ersten Donnerstag zu Quartalsbeginn stattfinden. Die Veranstaltungsorte am Flughafen werden rechtzeitig bekannt gegeben. Damit greift der Vorstand den Wunsch der Mitglieder nach einer besseren Planbarkeit auf. Weitere Veranstaltungsformate sind bereits in Planung.

Dank für langjähriges Engagement
Im Rahmen des Delegiertentages verabschiedete Dirk Vaupel Eva Titz aus ihrer bisherigen Funktion und dankte ihr für ihren langjährigen Einsatz.

Die Würdigung der ebenfalls ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Sven Kairies und Helge Tross soll bei der Jahresabschlussveranstaltung erfolgen.

Gemeinsam die Zukunft gestalten
Der Delegiertentag hat die Weichen für die kommenden Jahre gestellt. Mit einer erweiterten Vorstandsmannschaft, neuen Verantwortlichkeiten und zahlreichen Ideen will der Bezirksverband Frankfurt am Main – Flughafen seine Mitgliederbetreuung weiterentwickeln, jüngere Beschäftigte stärker einbinden und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen konsequent vertreten.

Dabei verbindet der neue Vorstand die Erfahrung langjähriger Gewerkschafter mit dem Engagement einer neuen Generation.

Denn eines ist klar: Gewerkschaft lebt vom Mitmachen – und ihre Zukunft beginnt nicht erst mit der nächsten Vorstandswahl.

wellhub × DPolG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im DBB BUNDESPOLIZEI

Scannen & Sportpass entdecken!

Eine Mitgliedschaft, unzählige Möglichkeiten.

Entdecke Angebote für Sport, Entspannung, Ernährung und mehr. Exklusiv für DPolG-Mitglieder.

Hier geht's zur Anmeldung:
https://www.dpolg-bundespolizei.de/dpolg-sportpass/



250 EINSATZKRÄFTE VERSORGT –

DPOLG AUCH AN HALLOWEEN AN EURER SEITE!







Während andere Halloween feiern, sorgen unsere Kolleginnen und Kollegen für Sicherheit.

Unser engagierter DPolG-Ortsverband in der Bundespolizeiabteilung Sankt Augustin hat rund 250 Einsatzkräfte betreut und versorgt. Eine kleine Stärkung, ein persönliches Gespräch und vor allem ein Zeichen echter Wertschätzung!

Denn Gewerkschaft bedeutet für uns nicht nur Interessenvertretung, sondern auch Zusammenhalt und füreinander da zu sein!

Ein großes Dankeschön an alle, die diese Einsatzbetreuung möglich gemacht haben!





OV CHEMNITZ IM DIREKTEN AUSTAUSCH MIT DEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

Am 5. November 2026 waren wir, der Ortsverband Chemnitz, rund um die Personalversammlung der Bundespolizeiinspektion Chemnitz im direkten Austausch mit unseren Kolleginnen und Kollegen.

Für uns ist dabei klar: Gute Gewerkschaftsarbeit findet dort statt, wo unsere Kolleginnen und Kollegen ihren täglichen Dienst leisten. Deshalb nutzen wir jede Gelegenheit, um zuzuhören, Anliegen aufzunehmen, Fragen zu beantworten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Anlässlich der Einweihung des neuen Dienstgebäudes der BPOLI Chemnitz, mit anschließendem Mitarbeiterfest, waren wir mit einem DPolG-Stand vor Ort. Dabei ergaben sich zahlreiche Gespräche mit Beschäftigten und ehemaligen Kolleginnen und Kollegen. Der direkte und persönliche Austausch ist für uns ein wichtiger Bestandteil unserer gewerkschaftlichen Arbeit.

Unterstützung erhielten wir dabei von unserem Bundesvorsitzenden, Manuel Ostermann, der zuvor der Einladung des ÖPR Chemnitz zur Personalversammlung gefolgt war.

Gemeinsam mit unserer Vorsitzenden Manuela Schütze besuchte er anschließend das Bundespolizeirevier Chemnitz Hauptbahnhof. Auch dort stand der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen im Mittelpunkt. Natürlich hatten wir auch eine kleine Aufmerksamkeit im Gepäck.

Genau das macht für uns Gewerkschaftsarbeit aus:

- Nicht über die Kolleginnen und Kollegen sprechen, sondern mit ihnen.
- Nicht nur Forderungen formulieren, sondern zuhören und ihre Anliegen ernst nehmen.
- Nicht nur bei Veranstaltungen präsent sein, sondern den direkten Kontakt zu den Menschen suchen, die täglich ihren Dienst leisten.

Dafür steht der DPolG OV Chemnitz:
Nah dran.
Ansprechbar.
Gemeinsam für unsere Kolleginnen und Kollegen.



Personen im Bild v.l.n.r: Jana Heinritz, Robert Henniger, Manuel Ostermann Susanne Beiersdorf, Manuela Schütze, Karsten Schütze

HERBSTFEST HS BUND IN BRÜHL

Am 28. Oktober fand an der HS Bund in Brühl das diesjährige Herbstfest statt. Der Bezirksverband Nordrhein-Westfalen war mit einem DPolG-Waffelwagen vor Ort und trug mit frisch zubereiteten Waffeln zur guten Stimmung bei.

Neben der süßen Köstlichkeit stand vor allem der persönliche Austausch im Mittelpunkt. In zahlreichen Gesprächen konnten wir Nachwuchskräften aus verschiedenen Bundesbehörden die Vorteile einer Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft näher bringen und Fragen rund um die DPolG beantworten. Auch im Laufe des Abends ergaben sich viele interessante Gespräche, die den direkten Kontakt zu den Nachwuchskräften ermöglichten.

Die Spenden für die angebotenen Speisen kommen wie gewohnt der DPolG-Stiftung zugute. Damit verbinden wir den Austausch beim Herbstfest mit einem guten Zweck.



Grafik: magnific.com

SENIORENTREFFEN DES BEZIRKSVERBANDES NIEDERSACHSEN/HAMBURG/BREMEN IN PAPENBURG

Am 20. und 21. Oktober 2026 trafen sich 14 Senioren des Bezirksverbandes Niedersachsen/Hamburg/Bremen (NI/HH/HB) der DPolG Bundespolizei zu einem gemeinsamen Austausch in Papenburg.
Das von den beiden Seniorenbeauftragten Winfried Eisfeld und Harald Fiedler organisierte Treffen begann mit einer rund zweistündigen Führung durch die Meyer Werft. Trotz windigen Wetters erhielten die Teilnehmer interessante Einblicke in den Schiffbau und die Arbeit der traditionsreichen Werft.

Im Anschluss ging es ins Parkhotel Papenburg, wo Werner Rehfeld über bevorstehende Änderungen im Bereich der Beihilfe informierte. Der Vortrag stieß auf großes Interesse und führte zu einer lebhaften Frage- und Diskussionsrunde.

Darüber hinaus berichteten die beiden Seniorenbeauftragten über aktuelle Entwicklungen innerhalb der Gewerkschaft und informierten über die Einrichtung eines internen Informationsverteilers, der den Austausch und die Kommunikation unter den Senioren künftig erleichtern soll.

Nach einem gemeinsamen Abendessen klang der erste Veranstaltungstag bei angeregten Gesprächen in geselliger Runde aus. Am nächsten Morgen verabschiedete Winfried Eisfeld die Teilnehmer nach dem Frühstück mit einem positiven Ausblick: Auch im kommenden Jahr soll das Seniorentreffen stattfinden – dann an einem anderen Veranstaltungsort. Das Treffen bot damit nicht nur Gelegenheit, sich über aktuelle Themen zu informieren, sondern auch, bestehende Kontakte zu pflegen und den Zusammenhalt innerhalb der Seniorenschaft zu stärken.





SCHWEDEN, KURVEN UND KAMERADSCHAFT – MOTORRADWOCHE 2027 IN PLANUNG!

Ein Rückblick auf die DPolG-Motorradwoche 2026 in Småland macht Lust auf mehr. Auch für 2027 ist bereits eine gemeinsame Tour nach Schweden vorgesehen.

Kurvenreiche Straßen, beeindruckende Landschaften, gemeinsame Ausfahrten und jede Menge Kameradschaft: Die DPolG-Motorradwoche im Juni 2026 im schwedischen Grönskåra hat einmal mehr gezeigt, dass Motorradfahren verbindet. Und wer glaubt, bei einer solchen Woche herrsche grenzenlose Freiheit ohne Regeln, der kennt unsere Kolleginnen und Kollegen noch nicht. Denn auch in Schweden gilt: Ein bisschen „Kasernenhof“ darf sein – natürlich mit einem Augenzwinkern.

Motorradparadies Småland
Das Basislager in Grönskåra bot ideale Voraussetzungen für eine erlebnisreiche Woche. Rote Holzhäuser, glitzernde Seen, ausgedehnte Wälder und angenehm verkehrsarme Straßen machten die täglichen Ausfahrten zu einem besonderen Erlebnis. Dabei stand nicht die Geschwindigkeit im Vordergrund, sondern das gemeinsame Fahrerlebnis. Die Touren wurden sorgfältig geplant, die Gruppen abgestimmt und die Strecken gemeinsam erkundet. Frei nach dem Motto: „Wer als Erster am Ziel ist, muss am längsten auf den Kaffee warten.“

Hausregeln inklusive – Kameradschaft garantiert
Natürlich gehörte auch eine ordentliche Portion Humor zum Programm. Denn im gemeinsamen Quartier gab es klare Regeln: Nachtruhe, Küchendienst und Ordnung in den Gemeinschaftsräumen waren selbstverständlich.

Wer spätabends noch lautstark darüber diskutieren wollte, ob BMW, Honda oder Harley die bessere Maschine ist, musste damit rechnen, freundlich, aber bestimmt auf die Uhrzeit hingewiesen zu werden. Doch gerade diese Mischung aus Organisation, gegenseitiger Rücksichtnahme und geselligem Miteinander machte den besonderen Charakter der Woche aus. Gemeinsame Grillabende, Benzingespräche und vor allem die Begegnungen mit schwedischen Kollegen sorgten für viele schöne Erinnerungen. Über Ländergrenzen hinweg wurde deutlich, was unsere Gemeinschaft ausmacht: Zusammenhalt, Kollegialität und die gemeinsame Leidenschaft für das Motorradfahren.

2027 soll es wieder nach Schweden gehen! Nach der erfolgreichen Motorradwoche 2026 laufen bereits die Überlegungen für eine Neuauflage.

Als voraussichtlicher Termin ist der 10. bis 17. Juli 2027 vorgesehen. Die endgültige Bestätigung steht noch aus.

Auch im kommenden Jahr sollen gemeinsame Ausfahrten durch die beeindruckende Landschaft Smålands, gesellige Abende und der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen im Mittelpunkt stehen.

Wer Interesse an einer Teilnahme hat, kann sich bereits jetzt vormerken lassen. Weitere Informationen zu Anmeldung, Unterkunft, Kosten und Ablauf werden bekannt gegeben, sobald die Planungen abgeschlossen sind.

Eines steht jedenfalls fest: Die Straßen Schwedens warten schon – und die Hausregeln vermutlich auch!

Ansprechpartner: Andreas.Michalik@dpolg-bpolg.de



Bild: KI-generiert



Bild: KI-generiert



SCHICKT UNS EUER FOTO DER WOCHE



Habt Ihr diese Woche einen besonderen DPolG-Moment festgehalten?

Egal, ob ein lustiger Schnappschuss, ein besonderer Augenblick oder eine spontane Idee! Wir wollen es sehen und mit der DPolG-Familie teilen.

An die Kamera, fertig, los ...

So macht Ihr mit: Schickt Euer Foto per E-Mail an **newsletter@dpolg-bpolg.de**

Details: Bitte fügt eine kurze Beschreibung (Ort, Motiv) und gerne Euren vollständigen Namen dazu (anonyme Veröffentlichung auf Wunsch möglich).

Wichtig: Mit der Einsendung bestätigt Ihr, dass Ihr die Urheberrechte am Foto besitzt und mit der Veröffentlichung im Newsletter einverstanden seid.

TERMINE

26. Januar 2027
DPolG-Fußballturnier
Duisburg

27. April 2027
Blaulichtlauf Frankfurt a. M.

Impressum

DPolG Bundespolizei
Seelower Straße 7
10439 Berlin

Tel.: 030 - 44678721
E-Mail: post.berlin@dpolg-bpolg.de
www.dpolg-bundespolizei.de

Vereinsregister
Amtsgericht Charlottenburg VR 31076B
Redaktionsverantwortliche: Lisa-Marie Opitz
Vertretungsberechtigter Vorstand:
Manuel Ostermann (Bundesvorsitzender)
Bianca Oehlmann (1. stellv. Bundesvorsitzende)
Volker Hesse (stellv. Bundesvorsitzender)
Dirk-Ulrich Lauer (stellv. Bundesvorsitzender)
Oliver Ehmsen (stellv. Bundesvorsitzender)